

## Für ein leistungsfähiges Schulsystem

Nach einer Unmenge von Reformen zwischen 2001 und 2011 konnte mit der CDU in der Regierungsverantwortung endlich Ruhe in die Schullandschaft einkehren. Die Schulen können sich auf ihre eigentliche Tätigkeit konzentrieren und müssen ihre Kräfte nicht ständig für Umorganisationen aufgrund neuer Reformvorhaben aufwenden. Die CDU hat es außerdem geschafft, einige Fehlentscheidungen der Bildungspolitik von SPD und DIE LINKE zu korrigieren:

- Die Grundschulen können nunmehr selbst entscheiden, ob sie **jahrgangsübergreifendes Lernen (JüL)** oder Unterricht im Klassenverband anbieten wollen. Nachdem der Zwang zum JüL abgeschafft worden ist, hat sich die Mehrzahl der Berliner Grundschulen entschieden, im Klassenverband zu unterrichten.
- Die **Verpflichtung zur Früheinschulung** von fünfjährigen Kindern wurde 2016 abgeschafft.
- Das Verfahren der „Schülerlotterie“ bei der Aufnahme an die Oberschulen konnte verbessert werden. Künftig gilt, wenn ein Kind der Familie die gewünschte Schule bereits besucht, werden die übrigen Kinder bei gleichem Schulwunsch bei der Platzvergabe vorrangig berücksichtigt. Zusätzlich haben im Bezirk wohnende Kinder beim Zweitwunsch Vorrang vor Kindern aus anderen Bezirken.



### 1. Wir brauchen ein leistungsfähiges Schulsystem

Die Zuständigkeiten des Bezirks im Schulbereich erstrecken sich auf die „äußeren Schulangelegenheiten“, das heißt auf die Schulentwicklungsplanung, die Einrichtung und den **Erhalt von Schulgebäuden** und das bedarfsgerechte Angebot von Schulplätzen. Damit untrennbar verbunden bleiben jedoch pädagogische und organisatorische Fragestellungen, die im Wechselspiel zwischen dem Land Berlin und dem Bezirk gelöst werden müssen. Auch können von den Bezirken Initiativen ausgehen, die Einfluss auf die Landespolitik nehmen. Dies hat die CDU in Tempelhof-Schöneberg mit Erfolg betrieben.

- Auf Initiative des von der CDU geführten Bildungsressorts werden gemeinsam mit den Ressorts Jugend und Stadtplanung **passgenaue Bildungsangebote des lebenslangen Lernens** für die Region Lichtenrade entwickelt. Der Auftrag von Schulen und Lehrkräften geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus. Junge Menschen brauchen Werte und soziale Kompetenzen, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Durch eine stärkere Identifikation mit der eigenen Schule wird eine höhere Bereitschaft erreicht, sich für die Schulgemeinschaft einzusetzen und das Lernklima zu verbessern. Deshalb unterstützen wir unsere Schulen zum Beispiel bei der Profilbildung und begleiten eigenverantwortlich initiierte Vorhaben aktiv in den Gremien des Bezirks.
- Wir haben erfolgreich seit Jahren die **Veröffentlichung der Schulergebnisse** bei Vergleichsarbeiten - zum Beispiel beim mittleren Schulabschluss - im Internet gefordert. Transparenz hilft Eltern sowie Schülerinnen und Schülern bei der Schulwahl. Nur im erfolgreichen Zusammenwirken aller Beteiligten kann ein leistungsfähiges Schulsystem entstehen.

- Die Schule soll **junge Menschen auf das spätere Berufsleben vorbereiten**. Wir begrüßen die Schaffung der Jugendberufsagentur, die zum Ziel hat, alle Schülerinnen und Schüler dahingehend zu begleiten, dass sie nach der Schule eine Ausbildung beginnen oder ein Studium aufnehmen. Wichtig ist, dass es bereits während der Schulzeit regelmäßig über das Schulpraktikum hinaus die Möglichkeit gibt, stärker mit Handwerk, Handel und Industrie in Kontakt zu kommen.
- Wir haben dafür gesorgt, dass die Schulen aufmerksamer werden und **Fehlzeiten von Schülern** nachgehen. Zum einen muss die Schulpflicht konsequent umgesetzt werden, zum anderen können häufige Fehlzeiten Zeichen familiärer Probleme sein, wo gegebenenfalls im Sinne des Kindeswohls interveniert werden muss.

## 2. Den baulichen Zustand der Schulen verbessern

Der bauliche Zustand vieler Schulen und Schulporthallen ist schlecht, da ab Mitte der 90er Jahre zu wenig Geld für Renovierungen und Sanierungen zur Verfügung stand. Dadurch ist ein Instandhaltungsrückstau von etwa 200 Millionen Euro allein in unserem Bezirk entstanden. Auf Initiative der CDU hat das Land Berlin das **Geld für die Bezirke zur Sanierung von Schul- und Sportanlagen mehr als verdoppelt**. Im Bezirk hat die CDU mit ihrer Ressortverantwortung für die Bereiche Bauen und Schule ihren Schwerpunkt in die Bereiche Toiletten- und Gebäudesanierung mit Hilfe von Sonderprogrammen gelegt. So wird in Kürze die Carl-Sonnenschein-Grundschule in Mariendorf mit Hilfe zusätzlich gewonnener Fördermittel in Millionenhöhe barrierefrei und energieeffizient grundsaniert sein.

Aus den Haushaltsüberschüssen des Landes Berlin in 2015 wurden für unseren Bezirk zusätzliche 5,9 Millionen Euro für Baumaßnahmen an der Johanna-Eck-Schule und die Sanierung der Sporthalle in der Schwalbacher Straße zur Verfügung gestellt. Zusätzlich konnten aus überbezirklichen Investitionsgeldern des Landes Berlin insgesamt ca. 70 Millionen Euro für den **Neubau** der Gustav-Heinemann-Schule in Marienfelde, die **Grundsanierung** inklusive Umbau der Friedenauer Gemeinschaftsschule und die **Schwammsanierung** des Luise-Henriette-Gymnasiums für den Bezirk gesichert werden.

Dem gegenüber steht eine rot-grüne Politik in unserem Bezirk, die seit 2011 fast keine eigenen Investitionsmitteln mehr für die Schulen bereitgestellt hat. Stattdessen wurden 13 Millionen Euro zum **Stopfen von Haushaltslöchern** und weitere rund 20 Millionen Euro an Investitionsmitteln im Wesentlichen für die Sanierung der Rathäuser und Bürodienstgebäude verwendet. Das haben wir als CDU immer kritisiert und wollen es in der nächsten Wahlperiode endlich ändern!



Wenn sich Schulen ein eigenes Profil geben, muss dabei zugleich mitbedacht werden, dass die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Hierfür benötigen wir finanzielle Ressourcen für eine schnelle Umsetzung. Aufgrund **steigender Schülerzahlen** müssen wir vorhandene Standorte rechtzeitig ertüchtigen und erweitern. Rot-Grün im Bezirk droht diese Entwicklung aufgrund ihrer falschen Prioritätensetzung zu verschlafen.

### 3. Für eine vielfältige Bildungslandschaft eintreten

Die Qualität zahlreicher Schulen in unserem Bezirk ist hervorragend. Dies belegen eindrucksvoll die Anmeldezahlen insbesondere an vielen Oberschulen, die zu den nachgefragtesten in Berlin gehören. Die **CDU betreibt pragmatische Schulpolitik** statt auf Ideologie zu setzen. Für uns ist es wichtig, ein vielseitiges Angebot für unterschiedliche Schülergruppen bereitzuhalten. Deshalb sind wir gegen die flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen, unterstützen jedoch nach Kräften die Entwicklung der Friedenauer Gemeinschaftsschule, da sie in unseren Augen einen wichtigen Beitrag für die Vielfalt in der Schullandschaft leistet. Auf der anderen Seite gibt es **leistungsstarke Kinder**, für deren weiteren Bildungsweg der Wechsel von der Grundschule auf ein Gymnasium nach der 4. Klasse förderlich ist. Erfreulich ist es daher, dass vor wenigen Jahren am Eckener-Gymnasium ein zweiter grundständiger Zug mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt (MINT) ab Klasse 5 eingerichtet werden konnte.

**Integration und Inklusion** von Kindern mit Förderbedarf oder Behinderungen ist wichtig. Gleichzeitig anerkennen wir jedoch den Wunsch der Eltern und die Realität, dass für nicht wenige dieser Kinder mit starken Einschränkungen der Besuch eines Förderzentrums (ehemals Sonderschulen) der bessere Weg für ihre Entwicklung ist. Inklusion kann nur mit entsprechender pädagogischer Ausbildung der Lehrer und ausreichender Personal- und Materialausstattung gelingen. Insofern ist unser Ziel nicht die Abschaffung dieses speziellen Schultypus, vielmehr haben wir die Marienfelder Steinwaldschule in ein modernes Förderzentrum umgebaut, um die bestmöglichen Voraussetzungen für eine gelungene Förderung der Kinder zu schaffen. Wer sein Kind auf ein Förderzentrum schicken möchte, soll nicht gezwungen werden, es auf eine Regelschule zu schicken.

Für die Betroffenen ist eine gute Beratung unabdingbar und zwar auch, um mögliche spätere Wechsel in die Regelschule zu unterstützen und zu begleiten. Aus diesem Grunde war es der CDU wichtig, dass in Tempelhof-Schöneberg ein **SIBUZ** (Schulpsychologisches und inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum) eingerichtet wird. Dieses ist ein wertvoller Dienstleister und Impulsgeber für die gesamte Schullandschaft. Wir werden uns dafür einsetzen, dass kurz- bis mittelfristig zusätzlich Räume für das SIBUZ angemietet werden, anstatt wertvolle, dringend benötigte Schulräume teuer zu Büroräumen für diese Einrichtung umzubauen. Eine Anmietung bedarf immer der Zustimmung des Landes Berlin.

Zur **Vielfalt in der Bildungslandschaft** gehören auch die **Privatschulen**. Diese benötigen faire Rahmenbedingungen einerseits, andererseits müssen sie sich auch dem System der Vergleichsarbeiten stellen, um Transparenz zu schaffen. Wir werden uns auch weiterhin gegen jeden Versuch der SPD wehren, die Privatschulen unattraktiv zu machen.

### 4. Einen erfolgreichen Start in die Schule sichern

Kinder kommen heute mit äußerst unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen in die erste Klasse. Nachdem SPD und Linkspartei 2004 die Vorschule und damit eine zielgerichtete Vorbereitung auf die Schule abgeschafft haben, muss nun auf anderen Wegen der Übergang von der Kita in die Schule gemeistert werden. Wir fordern deshalb, dass für die Kitas verbindliche Lernziele aufgestellt werden, um nicht zu **große Unterschiede im Leistungsniveau** einer Schulklasse zu haben.



Nicht alle Kinder besuchen jedoch eine Kita. Das Sprachvermögen stellt für einen erfolgreichen Schulstart eine der wichtigsten Voraussetzungen dar. Wird festgestellt, dass das **Sprachvermögen** nicht ausreichend ist, organisiert das Schulamt für diese Kinder eine Fördermaßnahme vor Schuleintritt. Auf Initiative der CDU wurde die Förderung auf 18 Monate verlängert und zeitlich erheblich intensiviert (von 15 Stunden auf 25 Stunden pro Woche).

Ein Problem ist aktuell die recht hohe Zahl von Kindern mit Sprachförderbedarf. Hier müssen zukünftig an den Kitas ausreichend Plätze bereitgestellt werden, damit im Interesse der Kinder die gesetzliche Verpflichtung auch erfüllt werden kann.

Die Kinder, die aufgrund von Krieg und Verfolgung in Berlin als **Flüchtlinge** aufgenommen worden sind, werden in Tempelhof-Schöneberg so schnell wie möglich in speziellen Lerngruppen (Willkommensklassen) untergebracht, bis ihre Deutschkenntnisse ausreichend sind, um entsprechend ihrer Begabung in eine Regelklasse integriert zu werden. Hier haben der Bezirk und insbesondere die Schulen, an denen **Willkommensklassen** eingerichtet worden sind, seit 2011 eine enorme Leistung erbracht, denn die Zahl der Klassen wurde von elf auf über 70 zum Ende des Jahres 2015 erhöht.

## 5. Grundschule

Die CDU Tempelhof-Schöneberg hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass das jahrgangsübergreifende Lernen (JüL) nun nicht mehr verpflichtend, sondern freiwillig ist und es den Schulen überlassen wird, ob sie den Unterricht im Klassenverband oder im JüL anbieten wollen.

Die CDU will erreichen, dass die Grundschulen eigenverantwortlich entscheiden können, mit welchem Träger - öffentlich oder privat - sie im Ganztagsbetrieb zusammenarbeiten und wann sie den Träger wechseln wollen. Hier darf niemand, auch nicht die Senatsbildungsverwaltung, in die Schule hineinregieren. Dies führt erfahrungsgemäß zu erheblichen Störungen im Schulbetrieb. Nur wenn eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schule und Hortbereich gewährleistet ist, kann Schule insgesamt eine erfolgreiche Bildungsarbeit leisten.

Inzwischen werden immer mehr Kinder für die **Nachmittagsbetreuung im Hort** angemeldet, so dass die ursprünglich prognostizierte Teilnahmequote vielerorts schon übertroffen wird. Dies hat zur Folge, dass mittelfristig mehr Platz für die Hortkinder angeboten werden muss, der nur durch qualifizierte bauliche Erweiterungen geschaffen werden kann. Hier wollen wir rechtzeitig reagieren und einen bedarfsgerechten Ausbau erreichen.

Die Einwohneranzahl Tempelhof-Schönebergs wird in den nächsten Jahren wachsen. Zunehmender Wohnungsbau mit mehreren hundert Wohneinheiten wird zur Folge haben, dass sich die Einzugsbereiche einzelner Grundschulen verändern werden. Bei der Neuordnung von Schuleinzugsbereichen muss die Zugehörigkeit der Schule zu Wohnquartieren sowie ein möglichst kurzer und sicherer Schulweg der Kinder berücksichtigt werden.



**Unterricht durch fachfremde Lehrer** ist eine Notlösung und sollte nicht zum Regelfall werden. Studien haben gezeigt, dass insbesondere der Lernerfolg in Mathematik erheblich größer ist, wenn eine in der Fachrichtung Mathematik ausgebildete Lehrkraft unterrichtet. Hier wird bereits der Grundstock für Lernerfolg oder -misserfolg in der Oberschule gelegt. Daher wird sich die CDU dafür einsetzen, dass die Quote fachfremden Unterrichts gesenkt wird.

## 6. Oberschule

Obwohl die Schulstrukturreform mit Abschaffung von Haupt- und Realschule zugunsten der Integrierten Sekundarschule (ISS) zum Schuljahr 2010/11 begann, ist die Übergangsphase noch immer nicht abgeschlossen. Insbesondere die Schaffung der baulichen Voraussetzungen wie Mensen und Freizeiträume konnte an einigen Standorten noch immer nicht erfolgen. Deshalb **ist es besonders wichtig, dass die bezirklichen Investitionsmittel in die Schulen des Bezirks investiert werden**, um zum Beispiel die Schule am Berlinickeplatz bedarfsgerecht zu sanieren und als 4-5-zügige ISS zu erweitern. Die Nachfrage nach Schulplätzen an Integrierten Sekundarschulen wird in den nächsten Jahren steigen.

Die **Gymnasien** in unserem Bezirk werden sehr gut von den Schülerinnen und Schülern angenommen. Wir wollen in enger Abstimmung mit den Schulen und der Schulaufsicht das überzeugende Angebot **auf Dauer sichern**.



Wir wollen erreichen, dass die naturwissenschaftlichen Fächer und Mathematik stärker in den Fokus rücken und sich hier mehr Schulen profilieren. Die Ergebnisse der Prüfungen für den mittleren Schulabschluss (MSA) zeigen, dass Berliner Schülerinnen und Schüler in diesen Fächern schlecht abschneiden. Hier muss gegengesteuert werden, denn der Bedarf der deutschen Wirtschaft an naturwissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften steigt stetig!

Bei der **Abschaffung der Schülerlotterie** hat die CDU zwar viel erreicht, wir wollen das Losverfahren für die Oberschulen aber gänzlich abschaffen. Es darf nicht vom Losglück abhängen, ob ein Kind seine Wunschschule besuchen kann, sondern von nachprüfbaren, fachlichen Kriterien.